

Focus Online

17.03.2015

Irland: Erfolg durch konsequente Reformen

von Michael Heise

Irland ist nach einschneidender Krise wieder auf gutem Wege. Die harten Konsolidierungsschritte und die Reformen seit 2009 zeigen Wirkung. Das Land befindet sich im Aufschwung, die Beschäftigung steigt, die Rückkehr an den Kapitalmarkt ist bereits vor Zeiten gelungen. Dabei war kein anderes Land der Währungsunion derart starken Belastungen durch die Bankenkrise ausgesetzt wie Irland. Das Bankensystem hatte sich in den Boomjahren bis 2008 in extremer Weise aufgebläht und konnte in der Finanzkrise nur durch weitgehende Verstaatlichungen gerettet werden. Die Regierung sah sich sogar veranlasst, alle Einlagen und Verbindlichkeiten im irischen Bankensystem zu garantieren, um einen bank run, also den völligen Kollaps, zu verhindern. Die Folge war ein dramatischer Anstieg der Staatsverschuldung, die von knapp 25% des Bruttoinlandsprodukts in 2007 auf über 120% in 2013 hochschnellte. Die Rückführung dieser hohen Staatsschuldenquote wird noch Jahre in Anspruch nehmen.

Die Entwicklung Irlands ist ein herausragendes Beispiel dafür, dass eine konsequente Konsolidierungspolitik, wenn sie mit Reformen verknüpft wird, auch bei äußerst schwieriger Ausgangslage schnell zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung und zu neuem Wachstum führen kann. Sie kann als klarer Gegenbeleg für die These gelten, dass staatliche Ausgaben senkungen – die viel kritisierte Austeritätspolitik – den Niedergang in einer Krise nur verschlimmern. Irland hat mehrere harte Konsolidierungsprogramme umgesetzt, die Gehälter und Pensionen im öffentlichen Dienst wurden gekürzt, das Renteneintrittsalter auf 68 Jahre bis 2028 erhöht, der Kündigungsschutz gelockert, Sozialleistungen reduziert und die Mehrwertsteuer angehoben. Irland kam dabei zugute, dass es eine sehr flexible Wirtschaft besitzt und der Rückgang der Beschäftigung im Immobilien-, Bau- und Bankensektor durch allmähliche Beschäftigungsgewinne in anderen Branchen begleitet wurde. Konjunkturell halfen dabei auch die starke Exportorientierung und die enge Verflechtung mit den relativ stark wachsenden Wirtschaften Großbritanniens und der USA.

Mit einer konsequenten Reformpolitik gelang es Irland, rasch das Vertrauen der Anleger in irische Staatsanleihen wiederzugewinnen. Das internationale Hilfsprogramm im Umfang von insgesamt 67,5 Mrd. EUR lief Ende 2013 aus. Und die Rendite zehnjähriger irischer Staats-

anleihen, die Mitte 2011 einen Gipfel von fast 15% erreichte, liegt aktuell auf dem historischen Tiefstand von unter 1% und damit über einen Prozentpunkt niedriger als die Rendite zehnjähriger US-Bonds. Dass der jüngste Renditerückgang irischer Papiere durch die Ankündigung des Staatsanleihekaufprogramms der EZB unterstützt wurde, mindert nicht den Erfolg der irischen Regierung, ohne EU-Sicherheitsnetz mit Bildung eines Finanzierungspuffers an den Kapitalmarkt zurückzukehren (später folgte Portugal dem Beispiel des irischen Vorreiters). Zu der Strategie gehörte auch, 12,5 Mrd. EUR IWF-Schulden vorzeitig zurückzahlen. Denn die Finanzierungsbedingungen waren so günstig geworden, dass die IWF-Hilfen durch Mittelaufnahme am Markt ersetzt werden können und dabei eine Zinsersparnis für den Staat entsteht.

Auch realwirtschaftlich hat sich Irland in beeindruckender Weise erholt. Nachdem die irische Wirtschaft in 2009, dem schwärzesten Jahr um über 6% schrumpfte, hat sie sich ab 2011 klar besser entwickelt als die anderen Programmländer, die Unterstützung erhalten hatten. Im vergangenen Jahr verzeichnete Irland mit 4,8% das bei weitem stärkste Wachstum im Euroraum und auch im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft mit 3% etwa doppelt so stark zulegen wie der EWU-Durchschnitt. Neben einem Anstieg von Exporten und Investitionen werden nun auch vom Privatkonsum Konjunkturimpulse ausgehen, der wie anderswo vom Ölpreiserückgang profitiert.

Irland hat in den letzten Jahren sehr niedrige, in 2009, 2010 und auch zu Beginn von 2015 sogar negative Inflationsraten verzeichnet. Diese Entwicklung ist – abgesehen von der jüngsten Ölpreisentwicklung – wesentlich auf Kostenanpassungen zurückzuführen, die Irlands Wettbewerbsfähigkeit fördern. Bereits seit 2010 werden wieder Leistungsbilanzüberschüsse verbucht. Bei relativ günstiger Produktivitäts- und Lohnstückkostenentwicklung ist die Besserung am Arbeitsmarkt besonders erfreulich, die sich auch schon länger in Gang befindet als in anderen krisengeplagten EWU-Ländern. 2013 und 2014 wurden beachtliche Beschäftigungsfortschritte erzielt und die irische Arbeitslosenquote hat sich von in der Spitze rund 15% zuletzt auf 10% reduziert.

Die weitere Genesung der irischen Wirtschaft ist allerdings keineswegs ein Selbstläufer. Es besteht weiterhin wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf, um insbesondere zwei große Herausforderungen zu bewältigen. Das Hauptproblem ist die hohe Verschuldung sowohl des privaten als auch des öffentlichen Sektors. Zusammenaddiert liegt diese bei rund 400% der Wirtschaftsleistung. Die Bilanzanpassungen im Privatsektor werden für geraume Zeit eine wirtschaftliche Wachstumsbremse darstellen und der staatliche Schuldenberg schränkt den künftigen Handlungsspielraum der öffentlichen Hand erheblich ein. Zweitens kann das The-

ma Auswanderung eine Hypothek für die Zukunft der Inselrepublik bedeuten. Wegen schlechter Perspektiven während der Krisenjahre haben viele junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte das Land verlassen. Hier braucht es Anreize, wie etwa die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, um den „brain drain“ zu stoppen und wertvolles Humankapital in der Heimat zu halten bzw. nach Hause zurückzuholen. Es verbleibt also Handlungsbedarf und Durchhaltevermögen wird vonnöten sein, bis die Schuldenproblematik entschärft ist.

Die Entschiedenheit der irischen Reformpolitik sollte beispielgebend für andere Länder sein. Es ist zwar richtig, dass die Bedingungen in den Ländern der Währungsunion jeweils spezifisch und unterschiedlich sind. Aber Irland sollte andere Mitgliedstaaten doch ermutigen, die jeweils notwendigen Strukturreformen voranzutreiben und die Sanierung der Staatshaushalte nicht fortwährend zu verschieben. Eine solche Politik ist Eigeninteresse der Länder und nicht von außen also von der Troika oder der EU oktroyiert, wie das Kritiker häufig glauben machen wollen. Auch schwierige Probleme lassen sich lösen, wenn entschieden gehandelt wird. Das ist eindeutig die Botschaft der irischen Krisenbewältigung.

http://www.focus.de/finanzen/experten/heise/irland-erfolg-durch-konsequente-reformen_id_4547788.html